



88. Sitzung

Mittwoch, 12. September 2007

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Bettina Bliebenich und Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten

4673 A

Michael Neumann SPD

4687 C

Abwicklung und Änderung der
Tagesordnung

4673 A

Christa Goetsch GAL

4688 B

Aktuelle Stunde

4673 A

Bernd Reinert CDU

4689 A

Fraktion der SPD:

Pflegenotstand in Hamburg: Jetzt Handeln statt weiter Wegsehen!

Petra Brinkmann SPD

4673 B

Egbert von Frankenberg CDU

4674 A

Martina Gregersen GAL

4675 A

Birgit Schnieber-Jastram,
Zweite Bürgermeisterin

4675 C

Dirk Kienscherf SPD

4676 D

Karen Koop CDU

4677 C

Fraktion der CDU:

E-Government: bürgerfreundlicher, einfacher, schneller

(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)

Antrag der Fraktion der CDU:

Jugend und Europa – Junge Menschen früh von der europäischen Idee begeistern

– Drs. 18/6858 –

4689 B

Lars Dietrich CDU

4689 C

Günter Frank SPD

4690 B

Manuel Sarrazin GAL

4691 A

Fraktion der GAL:

Dräger kann nicht – Uldall will nicht: Senat vermurkst Wettbewerb um kluge Köpfe

Dr. Heike Opitz GAL

4679 A

Wolfgang Beuß CDU

4679 C

Gesine Dräger SPD

4680 C

Jörg Dräger, Senator

4681 C

Dr. Willfried Maier GAL

4683 A

Barbara Ahrons CDU

4683 D

Gunnar Uldall, Senator

4684 B

Wolfgang Marx SPD

4685 D

Jens Kerstan GAL

4686 D

Beschlüsse

4691 D

Senatsmitteilung:

Einführung der kaufmännischen Buchführung in der Verwaltung – Vorlage der Ergebnisrechnung für das Jahr 2006 und der Bilanz zum 31. Dezember 2006 (Geschäftsbericht 2006)

– Drs. 18/6741 –

4691 D

Rüdiger Kruse CDU

4691 D

Walter Zuckerer SPD

4692 D

Dr. Willfried Maier GAL

4694 B

Dr. Michael Freytag, Senator

4695 B

Beschluss	4696 B	Bericht des Eingabenausschusses:	
		Eingaben	
Antrag der Fraktion der CDU:		– Drs. 18/6831 –	4711 B
Investitionsfonds des Sonderinvestitionsprogramms "Hamburg 2010" hier: Hamburger Gesundheits- und Familienmobil		Bericht des Eingabenausschusses:	
– Drs. 18/6856 –	4696 B	Eingaben	
Harald Krüger CDU	4696 C	– Drs. 18/6832 –	4711 B
Karin Rogalski-Beeck SPD	4697 A	Bericht des Eingabenausschusses:	
Christiane Blömeke GAL	4697 D	Eingaben	
Beschluss	4698 C	– Drs. 18/6833 –	4711 B
		Beschlüsse	4711 B
Antrag der Fraktion der SPD:		Sammelübersicht	4711 D
Arbeitslosengeld II (SGB II) alle zwei Jahre auf Angemessenheit hin überprüfen – Kinder und Familien vor Armut schützen		Beschlüsse	4711 D
– Drs. 18/6869 –	4698 D	Große Anfrage der Fraktion der SPD:	
Dirk Kienscherf SPD	4698 D	Von der Stadt genutzter Büroraum Fläche, Eigentum, Mietzahlungen, Leerstände und Umzugspläne	
Egbert von Frankenberg CDU	4700 A	– Drs. 18/6726 –	4711 D
Martina Gregersen GAL	4700 D	Beschluss	4711 D
Uwe Grund SPD	4701 C	Besprechung beschlossen	4712 A
Beschlüsse	4702 B		
Antrag der Fraktion der GAL:		Gemeinsamer Bericht des Innenausschusses und des Schulausschusses:	
Keine Kürzung des ALG II-Regelsatzes bei Krankenhausaufenthalten		Hamburg schützt seine Kinder – Recht auf Bildung und Schulbesuch für alle wahren	
– Drs. 18/6867 –	4702 C	(Antrag der GAL-Fraktion)	
Gudrun Köncke GAL	4702 C, 4704 D, 4705 D	Kinder und Familien ohne Aufenthaltstitel: Humanitäre und rechtlich tragfähige Lösungen finden	
Barbara Ahrons CDU	4703 B	(Antrag der SPD-Fraktion)	
Hans-Christoff Dees SPD	4704 A	– Drs. 18/6816 –	4712 A
Gunnar Uldall, Senator	4705 B, 4706 A	Beschlüsse	4712 A
Beschluss	4706 A		
Große Anfrage der Fraktion der SPD: Keine Verdrängung der bisherigen Bevölkerung aus innerstädtischen Quartieren		Bericht des Sozialausschusses:	
– Drs. 18/6454 –	4706 A	Entwurf eines Gesetzes zur Deregulierung des Hamburgischen Landespflegegerichts	
Jan Quast SPD	4706 B, 4709 D	(Senatsantrag)	
Hans-Detlef Roock CDU	4707 C, 4710 D	– Drs. 18/6819 –	4712 B
Claudius Lieven GAL	4708 B, 4710 B, 4711 A	dazu	
Axel Gedaschko, Senator	4709 A	Antrag der Fraktion der SPD:	
Kenntnisnahme	4711 B	Qualität in der Pflege sichern – Landespflegegesetzdurchführungsverordnung (LPGVO) des Senats muss verbessert werden	
		– Drs. 18/6947 –	4712 B
		Petra Brinkmann SPD	4712 B

Martina Gregersen GAL	4713 B
Egbert von Frankenberg CDU	4713 D
Beschlüsse	4714 A

Bericht des Haushaltsausschusses:

**Ausgliederung und Überführung des
Landesbetriebs Winterhuder Werkstät-
ten für behinderte Menschen in eine
bestehende GmbH (Senatsantrag)**

– Drs. 18/6834 – 4714 B

Beschlüsse	4714 B
------------	--------

Bericht des Stadtentwicklungsausschusses:

**Änderung des Bauleitplanfeststel-
lungsgesetzes
(Senatsantrag)**

– Drs. 18/6852 – 4714 B

Beschlüsse	4714 C
------------	--------

Antrag der Fraktion der CDU:

**Nutzeneffizienz technischer Geräte bei
Feuerwehr, THW und Hilfsorganisatio-
nen im Bevölkerungsschutz erhöhen**

– Drs. 18/6857 – 4714 C

Beschlüsse	4714 D
------------	--------

Antrag der Fraktion der SPD:

Landesprogramm Ganztagschule

– Drs. 18/6871 – 4714 D

Beschluss	4714 D
-----------	--------

- A Ich will gar nicht über die Bildung reden. Sie wollten ja auch in der Bildung Spitze werden, aber da ist die Senatorin inzwischen von Pleiten und Pannen gezeichnet und ist von Ihnen auch schon versenkt worden. Da ist eben nichts mehr mit Spitze. Ich glaube, dass Ihre Ungeschlossenheit, Ihre Konkurrenz, die Sie heute an den Tag gelegt haben, und Ihr Hochmut, Ihr Übermut Ihre Achillesferse sein wird, weil nichts dahinter steckt. Es steht kein Konzept dahinter, es steht kein Inhalt dahinter und das werden die Hamburgerinnen und Hamburger merken, meine Damen und Herren. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Reinert für eine Minute und 30 Sekunden.

(Wolfgang Beuß CDU: Das reicht!)

Bernd Reinert CDU: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Liebe Frau Goetsch, die Debatte, wenn man sie verfolgt und verstanden hat, hat gezeigt, dass kein Blatt Papier zwischen die Senatoren Uldall und Dräger passt. Da gibt es einen ganz engen Schulterschluss.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD und der GAL)

Wer in dieser Stadt Exzellenz will, liebe Frau Goetsch, der muss die Stärken stärken und nicht überall herumputschern und mit der Gießkanne operieren. Das ist Ihre Hochschulpolitik, die Hamburg ins Mittelmäß geführt hat.

(Beifall bei der CDU)

- B Wir sind dabei, dieses wieder auf Vordermann zu bringen,

(Dr. Till Steffen GAL: Dann haben Sie aber nicht aufgepasst, Herr Reinert!)

unser Bildungssystem einschließlich der Hochschulen zu modernisieren, leistungsfähiger zu machen und dazu gehört eben auch dieser sehr weitgehende Ausbau der Kindertagesbetreuung. All dieses dient dazu, diese Stadt für junge Familien, für Talente attraktiver zu machen. Da müssen wir auch sehen, dass wir gerade die forschungsintensiven Bereiche im Bereich der Clusterpolitik weiter stärken.

(Zurufe von der GAL)

Wenn dann Herr Neumann hier ankommt und einiges von sich gibt zu Dingen, die in der Ausschusssitzung längst abgearbeitet und widerlegt worden sind,

(Dr. Till Steffen GAL: Das stimmt doch gar nicht! Sie waren nicht dabei!)

dann heißt das, dass Sie die Öffentlichkeit inklusive der Medienberichterstatte für dümmer halten als diese es sind.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 29, Antrag der CDU-Fraktion: Jugend und Europa – Junge Menschen früh von der europäischen Idee begeistern.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Jugend und Europa – Junge Menschen
früh von der europäischen Idee begeistern]**

– Drs. 18/6858 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Europaausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Dietrich, bitte.

Lars Dietrich CDU: Sehr verehrte Frau Vizepräsidentin, meine sehr verehrten Damen, sehr geehrte Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Welche Rolle nimmt Europa in unserem täglichen Leben ein? Wenn wir uns dieser Fragestellung näher zuwenden, dann fällt uns auf, dass in vielen Bereichen unseres Lebens Europa in der Tat präsent ist und die Tendenz ist steigend.

Es fällt auf, dass mittlerweile schon über 60 Prozent der nationalen Gesetzgebungen auf supranationalem Recht basiert. Es fällt auf, dass die Vorzüge des europäischen gemeinsamen Handelns eher im Urlaub offensichtlich werden. Den meisten Menschen kommt dieses Thema als nicht greifbar vor, eher die Turbulenzen rund um den EU-Verfassungsvertrag und einer schwierigen Osterweiterung. Deshalb ist das Thema Europa für sie weit weg und nicht so wichtig. Unsere Aufgabe als politisch Verantwortliche und überzeugte Europäer ist es deshalb, das Image von Europa zu verbessern und insbesondere auch die Vorzüge herauszuarbeiten, um das Bewusstsein der Menschen diesbezüglich zu schärfen.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb geht mein Dank an meine Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, die heute die Europa-Debatte als ersten Debattenpunkt angemeldet haben. Europa genießt damit einen hohen Stellenwert bei der Fraktion der CDU in diesem Hause. Herzlichen Dank.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Aber welche Möglichkeiten haben wir zur Imageverbesserung der EU und zur Verständlichkeit von Europa. Aus meiner Sicht müssen Maßnahmen ergriffen werden, die über die Schwierigkeiten und die tägliche Arbeit der europäischen Institution informieren. Diese Aufklärung sollte vor allem bei Jugendlichen begonnen werden, da die junge Generation mit der Europäischen Union als zentrales politisches Gefüge in Deutschland und Europa aufwächst. Deshalb ist es aus meiner Sicht auch erforderlich, dass gerade junge Menschen das politische System der Europäischen Union besser kennenlernen.

Ein probates Mittel hierfür sind Informationen, die in spielerischer Form vermittelt werden. So wurde zum Beispiel im Land Sachsen-Anhalt ein Simulationsspiel als Form einer effektiven Lernmethode für den von Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel initiierten EU-Projekttag anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge erarbeitet. Der große Vorteil dieser Simulationsspiele ist, dass die Jugendlichen aktiv eingebunden werden und damit natürlich auch besser lernen. Erlauben Sie mir an dieser Stelle drei Beispiele.

Erstens: In Hamburg hat es in der Vergangenheit schon einige Planspiele zur EU-Erweiterung gegeben, bundesweit waren es insgesamt acht weitere Projekte. Diese können deshalb auch idealerweise für die Themen EU-Parlament und seine Prozesse umgestaltet werden.

C

D

- A Zweitens: Die Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn hat Simulationsspiele entwickelt, in denen Jugendliche in die Rollen der Mitglieder des Europäischen Parlaments oder der Kommission sowie in die Rollen der nationalen Politiker und der Medienvertreter schlüpfen können.

Drittens: Das Ziel bei solch einer simulierten Diskussion zwischen Jugendlichen ist, die aktuellen politischen Themen grundlegend zu analysieren und Lösungen zu finden. Durch die intensive Beschäftigung der Jugendlichen mit diesen zentralen Schwierigkeiten, die natürlich auch die Europäische Union hat, wird ihr Blick für die europäische Politik geschärft und so auch ein größeres Interesse geweckt.

Wir wollen aus diesem Grunde, meine Damen und Herren, auf diesem Fundament aufbauen, um unsere jungen Leute für die europäische Idee zu begeistern und sie fit für Europa zu machen.

Der Senat hat sich laut seiner Senatsmitteilung für 2007 europapolitische Schwerpunkte zum Ziel gesetzt, die europäische Öffentlichkeitsarbeit, den Integrationsprozess und die europäische Jugendpolitik zu stärken. Die Hamburgische Bürgerschaft hat dem Senat hierbei ihre Unterstützung zugesagt. Nur möglich wird dies, indem die Bürger mitgenommen werden, vor allem auch jüngere Menschen informiert und mit einbezogen werden. Der Senat will Jugendliche über die EU informieren und sie mit einbeziehen. Hamburg kann hier eine Vorreiterrolle übernehmen und das wollen wir auch. Obwohl zu sehen ist, dass gerade durch die Landeszentrale für politische Bildung die Simulationsspiele schon begonnen haben,

- B sollte der Senat die Schulen noch stärker dafür sensibilisieren. Besonders gut könnten hier auch die einzelnen Freien Träger, wie zum Beispiel die Jungen Europäischen Föderalisten eingebunden werden, die in Hamburg bereits Planspiele zur EU-Erweiterung mit Erfolg durchgeführt haben.

Meine Damen und Herren! Für den Bau des gemeinsamen Hauses Europa brauchen wir alle Kraft, um Frieden und Freiheit zu erhalten sowie Verständnis füreinander zu erlernen. Um diese hehren Ziele zu erreichen, müssen wir früh anfangen und am besten fangen wir damit bei der nachwachsenden Generation an. Deshalb ist völlig klar: Das europäische Projekt kann nur mit der Unterstützung der Bürger gelingen und die CDU will mit diesem Antrag ihren Teil dazu beitragen.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Frank.

Günter Frank SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dietrich, Ihre Anmerkung zum Thema Europa und Stellenwert in Ihrer Fraktion hat mich doch ein bisschen zum Schmunzeln veranlasst, aber war wahrscheinlich von Ihnen auch nicht ernst gemeint.

Wenn es darum geht, Herr Dietrich und liebe CDU-Kolleginnen und -Kollegen, der Hamburger Jugend Europa näherzubringen oder, wie die GAL in ihrem Antrag formulierte, Europa in die Herzen zu bringen, dann unterstützen wir alles was sinnvoll ist, auch Planspiele in den Schulen. Das ist keine Frage. Im Übrigen ist das gerade in Hamburg von Bedeutung, denn die CDU-

Schulbehörde hat es seit Jahren versäumt darauf zu achten, dass das Thema Europa in den Schulen ausreichend stattfindet.

Die Europäische Kommission – vielleicht haben Sie es gelesen – hat dazu eine Studie erarbeiten lassen mit dem Ergebnis, das der Leiter der Europäischen Kommission in Berlin, Herr Sabathil, so formulierte, dass Europa in den Klassenzimmern nicht angekommen ist, Generationen von Schülern wüssten zu wenig von Europa und auch die Lehrer seien oft nicht ausreichend informiert.

Hamburgs Schulpolitik wird hier ein sehr schlechtes Zeugnis ausgestellt. Besonders schlecht abgeschnitten hat im Übrigen Bayern. Da taucht das Thema Europa in dem Politiklehrplan der Jahrgangsstufe 12 gar nicht erst auf. Was die Rahmenpläne angeht – auch hier in Hamburg –, so wird der Hamburger Schulbehörde bescheinigt, dass sie von den KMK-Anforderungen – und hier geht es um die Schaffung eines europäischen Bewusstseins – weit entfernt ist. Sie sagen weiter, dass das Potenzial der Stadt für Europa nicht ausgeschöpft wird, also ein sehr schlechtes Zeugnis für diese Stadt. Wir können erst zufrieden sein, wenn wir das für Hamburg lesen können, was Rheinland-Pfalz attestiert worden ist, nämlich ein profundes Wissen der Schülerinnen und Schüler über Europa mit dem Hinweis: Wer seinen Kindern eine europäisch orientierte Erziehung angedeihen lassen will, sollte einen Umzug nach Rheinland-Pfalz ins Auge fassen. Das wollen wir natürlich alle nicht, aber wir wollen die Europakompetenz der Jugend. Deswegen muss zum Thema Schaffung eines europäischen Bewusstseins sehr viel mehr geschehen als bisher. Schule ist auch ein wichtiger Bereich, aber der Bereich Jugendarbeit ebenso.

Wir haben – das muss man an dieser Stelle allerdings auch sagen – mit der CDU bisher nicht die Unterstützung gefunden, die für das Thema Europa notwendig ist. SPD- und GAL-Anträge, die genau in diese Richtungen gingen, sind abgelehnt, teilweise noch nicht einmal überwiesen worden. Klassenreisen Jugendlicher nach Prag sind vom Senat verweigert und als Begegnungstourismus abgewertet worden. Eine Ostsee-Jugendstiftung mit Schleswig-Holstein zusammen – und die machen es jetzt alleine – hat die CDU abgelehnt. Der einstimmig angenommene GAL-Antrag zur Frage der Öffentlichkeitsarbeit – im Europaausschuss dann von der CDU verwässert – ist bisher vom Senat nicht beantwortet worden. Die Untätigkeit des Senats – es gibt viele schöne Worte und Schriften – in diesem Bereich ist offensichtlich. Nun kommen Sie mit einem einzigen Punkt. Ihr Antrag ist also sehr dünn, greift aber ein Beispiel auf, um in den Schulen, um im Bereich der Jugendlichen Europa erlebbarer zu machen. Deshalb unterstützen wir ihn auch, möchten das aber, wenn Sie zustimmen, gerne noch einmal im Ausschuss erörtern und ihn dort vielleicht ein bisschen anfüllern, weil es um viel mehr als nur um diesen einen Punkt geht. Das darf nicht alles sein, das ist zu wenig. Was heißt eigentlich in Ihrem Antrag, der Senat solle zeitnah berichten mit Blick auf den 24. Februar. Was heißt das? Dann müssen Sie sich aber sehr beeilen. Im Übrigen bedarf es dieses kleinen Antrags eigentlich überhaupt nicht. Das könnte die Schulbehörde alleine machen im Sinne von den Schulen empfehlen. Das steht auch in den Lehrplänen.

Ansonsten ist es eine Frage der Methodik und bedarf hier gar nicht eines Antrags. Sagen Sie es Frau Dinges-Dierig

- A selbst, von der Sie es aber offenbar nicht erwarten. Daher stellen Sie auch solche Anträge.

Meine Bitte ist: Lassen Sie uns in Zukunft in Sachen Europa mehr auf den Weg bringen als bisher. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Sarrazin.

(Vizepräsidentin Bettina Bliebenich übernimmt den Vorsitz.)

Manuel Sarrazin GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In der Zielrichtung sind wir uns alle einig, dass es gut für Hamburgs Zukunft ist, die Jugend für Europa zu gewinnen. Hierzu muss man gar nicht mehr viel sagen.

Ich möchte Ihnen gern das Petitum des Antrags, den wir einstimmig beschließen werden, vorlesen:

"Der Senat wird ersucht, erstens vorhandene Simulationsplanspiele zum Thema Europa zu sichten und gegebenenfalls auf die Belange von Hamburg zuzuschneiden; zweitens Empfehlungen an die Hamburger Schulen auszusprechen, um im Rahmen eines Projekttags ein Simulationsplanspiel durchzuführen; drittens möglichst zeitnah Bericht zu erstatten."

Ich bin der Auffassung, dass ich einen so umfassenden und weltbewegenden Antrag wie diesen noch nie vorher in diesem Parlament gesehen habe. Vielen Dank, das ist ganz mutig.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Es ist auch nicht der Fall, dass Sie damit ein Thema nicht komplett abdecken würden. Herr Frank hat die Studie der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland zu den Lehrplänen bereits angesprochen. Sie ist sehr kompliziert und hat Hamburg ein relativ schlechtes Zeugnis ausgestellt.

Die Schulbehörde erklärt daraufhin, dass man unsere neue Rahmenplanlogik noch nicht wirklich verstanden hat. Das wird spiralförmig zugeordnet. Als Laie in der Rahmenplanbildung frage ich mich: Was sind denn spiralförmig zugeschnittene Rahmenpläne? Dann versucht man, lange darüber zu diskutieren, wie man an einer selbstverantworteten Schule Schulen dazu bewegen kann, mehr Europa in die Schule zu bringen, sei es über NGOs oder über Angebote aus der Behörde. Es gibt verschiedene Bereiche, in denen etwas passieren kann. Das ist alles nicht so einfach. Und Sie sagen, Sie wollen Simulationsplanspiele sichten.

Herr Dietrich, wir haben für Sie schon einmal Simulationsplanspiele gesichtet. Vor zwei Jahren haben wir bei uns einen Praktikanten gehabt, der unter anderem solche Planspiele durchgeführt hat. Er hat sich im Internet umgeschaut, wo es in Deutschland gute Beispiele von Jugend- und Europaarbeit gibt.

Sie führen aus, dass man hier Vorreiter werden kann. Nachdem wir bereits gehört haben, dass Wuppertal uns weit voraus ist, wäre ich froh, wenn Hamburg ein paar Beispiele aus Dietzenbach übernehmen würde. Dietzenbach ist ein Vorort von Frankfurt. Dort gibt es ein Jugend-

büro für Europa, das durch Mittel der Europäischen Kommission finanziert wurde. Das haben wir auch für Hamburg vorgeschlagen und als Bürgerschaft ein Ersuchen formuliert. Ich habe das Gefühl, der Senat möchte hierfür einfach kein Geld in die Hand nehmen.

Abschließend noch eine kleine aktuelle Anekdote, die das Problem ein bisschen skizziert. Wir haben gestern eine relativ große Berichterstattung über Aufregungen in der Stadt hinsichtlich einer EU-Richtlinie gehabt, die angeblich vermeidet, dass mehr als ein Rollstuhlfahrer im Bus mitgenommen werden können. Nachdem ich dann das "Hamburger Abendblatt" gelesen habe, habe ich mir spontan gesagt, dass das so nicht richtig sein kann. Dort steht, ich zitiere:

"EU-Richtlinie sorgt für Ärger bei behinderten Menschen."

Und dann steht weiter, ich zitiere:

"Laut Verordnung..."

An dieser Stelle wäre mein Wunsch, dass wir in Hamburg unsere europäische Bildungsarbeit in den Schulen so weit voranbringen, dass in Zukunft Journalisten, die hier zur Schule gegangen sind, den Unterschied zwischen einer europäischen Richtlinie und einer Verordnung kennen, damit man künftig in der Presseberichterstattung versteht, dass hier wieder einmal nicht Europa das Problem ist, sondern der Bundesgesetzgeber vielleicht Quatsch gemacht hat und mit Europa das eigentlich gar nichts zu tun hat. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drs. 18/6858 an den Europaausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte den CDU-Antrag aus der Drs. 18/6858 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Wir kommen zum Punkt 5 der Tagesordnung, Drs. 18/6741, Senatsmitteilung: Einführung der kaufmännischen Buchführung in der Verwaltung – Vorlage der Ergebnisrechnung für das Jahr 2006 und der Bilanz zum 31. Dezember 2006.

**[Senatsmitteilung:
Einführung der kaufmännischen Buchführung in der Verwaltung – Vorlage der Ergebnisrechnung für das Jahr 2006 und der Bilanz zum 31. Dezember 2006 (Geschäftsbericht 2006)
(Senatsmitteilung)
– Drs. 18/6741 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Haushaltsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Kruse.

Rüdiger Kruse CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! "Einführung der kaufmännischen Buchführung in der Verwaltung, Ergebnisrechnung, Geschäftsbericht 2006". Manchmal kommen große und